

erwerbsunfähig blieben 23 264 gegen 23 918. Hier ist also auch ein absoluter Rückgang zu verzeichnen.

Die oben angegebenen Zahlen gelten, wie schon eingeschaltet wurde, nur für die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Im ganzen Reich der Unfallversicherung sind im Berichtsjahre 789 373 Unfallanzeigen erfaßt und 139 633 Verletzte erstmalig entschädigt worden.

Im allgemeinen ist im Jahre 1913 die Unfallkurve unverändert geblieben. Die absoluten Zahlen sind zwar durchweg gestiegen, jedoch durchweg nur um ebensoviel wie die Arbeiterzahl auch. Einige geringfügige Abweichungen ändern das Gesamtbild nur wenig.

Table with 4 columns: Berufsgenossenschaft, Vollarbeiter, Gemeldete Unfälle, Entschädigte Unfälle. Rows include Ziegelei-der chem. Industrie, Papiermacher, Zucker, etc.

Nach der Tabelle ist die Zahl der in diesem Gebiete beschäftigten bzw. versicherten Personen um rund 20 000 gestiegen. Einen Rückgang weist nur die Ziegelei-Berufsgenossenschaft nach, die circa 12 000 versicherte Arbeiter weniger hatte.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist um 1397, die der entschädigten Verletzten (das sind solche, bei denen die Folgen des Unfalls innerhalb 13 Wochen nicht behoben sind) um 249 gestiegen. Diese Steigerung entspricht ungefähr der Steigerung der Zahl der Versicherten.

In der folgenden Tabelle ist im ersten Teil über die entschädigten Unfälle nach Geschlecht und getrennt für Erwachsene und Jugendliche berichtet; der zweite Teil (die letzten vier Rubriken) enthält die Prozentzahlen für die gemeldeten wie auch für die entschädigten Unfälle in den einzelnen Industriezweigen.

Table with 6 columns: Berufsgenossenschaft, von den entschädigten Unfällen betroffen, Zusammen auf je 1000 Vollarbeiter entfielen Unfälle. Rows include Ziegelei-der chem. Industrie, etc.

Die größte Zahl der weiblichen Verletzten stellt die chemische Industrie, die meisten Jugendlichen aber werden in den Ziegeleien gemeldet. Der Prozentsatz der gemeldeten Unfälle ist nur in der chemischen Industrie gestiegen, in allen übrigen gesunken.

Table with 5 columns: Berufsgenossenschaft, Tot, Erwerbsunfähig. Rows include Ziegelei-der chem. Industrie, etc.

Die Zahl der durch Unfälle getöteten Personen ist erfreulicherweise etwas zurückgegangen. Am meisten in den Ziegeleien, in denen 16 Personen weniger getötet wurden. Die chemische Industrie, die im Jahre 1912 einen absoluten Rückgang von 151 auf 135 hatte, ist die einzige, die 1913 eine Zunahme der tödlich Verletzten verzeichnet.

bei der ärztlichen Begutachtung zurückzuführen ist, läßt sich zahlenmäßig nicht feststellen. Bekannt ist jedoch, daß die Berufsgenossenschaften seit einigen Jahren das Bestreben zeigen, die Zahl und die Höhe der Renten zu drücken.

Sehen wir uns nunmehr die Zahl der Rentenempfänger der gezahlten Renten und deren Höhe an.

Table with 5 columns: Berufsgenossenschaft, Zahl der Rentenempfänger, Gezahlte Renten in Mark, Durchschnittlicher Betrag einer Rente pro Tag. Rows include Ziegelei-der chem. Industrie, etc.

Die Zahl der Rentenempfänger ist bei allen angeführten Berufsgenossenschaften gesunken. Dieses Sinken dauert schon einige Jahre an. Von 1911 zu 1912 sank bei den hier behandelten Berufsgenossenschaften die Zahl der Rentenempfänger um 886, von 1912 zu 1913 ist sie um 1021 gesunken.

Die Höhe der Renten hat sich nur wenig geändert. Das geringe Steigen der durchschnittlichen Tagesrente erklärt sich zu einem Teil aus dem Steigen des Arbeitsverdienstes, nach dem ja die Rente bemessen wird.

In einer letzten Tabelle stellen wir nun noch die von den Berufsgenossenschaften ermittelten Jahreslöhne der Vollarbeiter zusammen. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß unter einem Vollarbeiter einfach 300 Arbeitsschichten pro Jahr zu verstehen sind. Die Zahl der Vollarbeiter wird nämlich ermittelt, indem man die von der Berufsgenossenschaft in ihrem Versicherungsbereich ermittelten Arbeitsschichten durch 300 dividiert.

Table with 7 columns: Berufsgenossenschaft, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913. Rows include Ziegelei-der chem. Industrie, etc.

Erfreulich ist zunächst die Tatsache, daß der Durchschnittslohn bei allen angeführten Berufsgenossenschaften gestiegen ist. Am stärksten in der chemischen Industrie und in den Zuckerfabriken, am wenigsten in den Wollereien, Stärkefabriken usw.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß die Jahresdurchschnittslöhne, wie sie in dieser Tabelle angegeben sind, nicht so ohne weiteres verglichen werden können. Die Feststellung erfolgt nämlich ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht der Versicherten.

Wiedereinführung der Familienhilfe in den Krankenkassen.

Das Notgesetz vom 4. August 1914, betreffend die Sicherung der Versorgung der Krankenkassen, hat bekanntlich mit einem Schläge alle über das gesetzliche Minimum hinausgehenden Mehrleistungen der Krankenkassen gestrichelt.

Chefverwalter und Kinder der Mitglieder. Die Familienhilfe besteht in der Regel in freier ärztlicher Behandlung und Heilmittel an die versicherten Familienmitglieder, der Wochenhilfe (Entbindungskosten, Stillprämien usw.) an die versicherungsfreien Ehefrauen oder in einem Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes eines Versicherten.

Die Beseitigung dieser Familienfürsorge, die in den letzten Jahren eine gute Entwicklung gefunden hat, war ein schwerer Schlag gegen die Frauen und Kinder. Namentlich gegen diejenigen der Kriegsteilnehmer. Selbst wenn die Familie die Versicherung des Kriegsteilnehmers bei der zuständigen Krankenkasse freiwillig fortsetzte, so hatte das doch wenig Zweck, weil ja trotzdem die Familienangehörigen keine Ansprüche an die Kassen mehr hatten.

Schon in seinem großartigen Plan über die Kriegsrentenlöhne wies Regierungsrat Professor Dr. Mayet auf die Dringlichkeit der Familienhilfe während des Krieges und nach demselben hin. Er führte treffend aus, daß die Kriegsnot eine Gefährdung des öffentlichen Gesundheitszustandes, Erhöhung der Sterblichkeit usw. mit sich bringe, wenn nicht umfassend eingegriffen werde.

Somit ist alles beim alten geblieben! Leider! Es muß von neuem versucht werden, die Lücke auszufüllen. Ein, wenn auch beschränktes, Hilfsmittel bietet das eingangs erwähnte Notgesetz selbst. Es bestimmt in seinem § 1, daß auf Antrag des Vorstandes einer Krankenkasse das Versicherungsgeld verfallen kann, das höhere als die gesetzlichen Mindestleistungen gewährt werden.

Das richtigste ist natürlich die gängliche Aufhebung des Notgesetzes. Es hat sich herausgestellt, daß die damit offenbarte große Vorlist unanständig gewesen ist. Die Belastung der Kassen war sogar eine geringere als in Friedenszeiten.

Sodann müssen aber auch die einzelnen Kassen, die seither die Familienhilfe nicht bejahen, endlich dazu bewegt werden, sie einzuführen. Die allerwichtigste Ausgestaltung der Leistungen der Krankenkassen ist jedenfalls die, die Fürsorge nicht nur dem Familienmitglied allein, also dem „Ernährer“ der Familie, sondern allen Familienangehörigen zuzulassen.

Crunktheit löst den Zusammenhang mit dem Betriebe.

Der Hofarbeiter T. in Möllendorf war im Betriebe der Aktien-Zuckerfabrik in Goldbeck beschäftigt. Um 6 Uhr abends war Feierabend. 1 1/2 Stunden später wurde er von einem Mitarbeiter in angezogenem Zustande zwischen den Anschlagleisten des Betriebes liegend aufgefunden und auf den Heimweg gebracht.

Die Witwe wendete sich nunmehr an das Arbeiter-Sekretariat Magdeburg mit dem Ersuchen, das Urteil im Rekursverfahren anzufechten. In diesem Verfahren wurde vor allem darauf hingewiesen, daß gerade der eine der Zeugen den Verletzten seit 25 Jahren kannte und ihn nie betrunken gesehen habe.

Dieser traurige Fall beweist wieder aufs neue die schon so oft von den Arbeiter-Organisationen erhobene dringliche Mahnung, während der Arbeitszeit, und noch dazu in gefährlichen Betrieben, jeden Alkoholgenuß zu vermeiden.

Aus der Industrie

Spielwarenarbeiter, seid auf der Hut!

Das gewaltige Böllerringen, welches für eine Anzahl Aquarier, Händler und Fabrikanten fabelhafte Gewinne abwirft, bringt Rot und Entbehrung über zahlreiche Arbeiterschichten. Zu letzteren gehören zweifellos die Arbeiter im Sonneberger Spielwarenbezirk. Wenn schon in normalen Zeiten die Löhne der Spielwarenarbeiter nicht so waren, daß man von einigermaßen auskömmlichen Löhnen reden konnte, so wird dies nach Beendigung des Krieges nicht besser, sondern eher schlechter werden. Vor allem dann, wenn sich die Arbeiterschaft nicht auf sich selbst und ihre Organisation besinnt.

Die Ursachen der niedrigen Löhne sind begründet in der großen Anzahl kleiner Hausgewerbebetriebe. Die Beschäftigung von 1 bis 5 Personen in den einzelnen Betrieben ist vorherrschend. Dadurch ist es schon von vornherein schwerer als in den Bezirken, wo sich Großfabriken befinden, die Arbeiterschaft in der Organisation zusammenzufassen. Aber daß es geht, haben uns die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt. Es ist die heiligste Pflicht derjenigen Arbeiter, die noch zu Hause sind und in Arbeit stehen, dafür zu sorgen, daß die Reihen, die sich infolge Einziehung vieler Kollegen stark gelichtet haben, wieder ausgefüllt werden. Gründe dazu sind genügend vorhanden. Das ganze System dieser Arbeitsteilung geschieht doch auf Kosten der Arbeiterschaft im allgemeinen. Die Unterziehung der Waren bei den Exporteuren seitens eines großen Teils der Hausindustriellen muß naturgemäß auf die Löhne der Arbeiter drücken. Den Schaden haben die Hausindustriellen und die Arbeiter zu tragen, den Nutzen hat der Exporteur.

Daß auch für die kleinen Fabrikanten ein Zusammenschluß bitter not tut, hat sich im Verlauf des Krieges wieder einmal recht deutlich gezeigt. Gar mancher, der sich vorher stolz „Fabrikant“ nannte und gewissermaßen von oben herab auf die Arbeiter sah, war nach Ausbruch des Krieges gezwungen, die Hilfe der Kriegsfürsorge in Anspruch zu nehmen.

Ein weiterer Umstand, den sich die Arbeiterschaft vor Augen halten sollte, ist, daß das Ausland, speziell England, versucht, seinen Bedarf möglichst selbst zu produzieren. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Spielwaren-Zeitung“ soll sich in London bereits eine Aktiengesellschaft für Spielwarenherstellung gegründet haben. Wenn wir nun auch mit der „Spielwaren-Zeitung“ der Auffassung sind, daß es den Engländern nie gelingen wird, der Preiswertigkeit und Vielseitigkeit der deutschen Spielwarenindustrie erhebliche Konkurrenz zu bereiten, so wird aber doch eine Erschwerung des Marktes und damit eine Schädigung der deutschen Arbeiter die Folge sein.

Eben kommt auch noch die Meldung, daß auch in der Schweiz alle Anstrengungen gemacht werden, um in Bern eine Zentralfabrik für Spielwaren zu schaffen. Die Aussichten für die Spielwarenindustrie im allgemeinen und für die Arbeiterschaft im besonderen sind also ziemlich trübe. Hinzu kommt noch, wenn der Krieg beendet wird und die Geschloßfabrikation, die gegenwärtig mit Hochdruck betrieben wird, aufhört, — aus Sonneberg wird sie zweifellos wieder verschwinden —, wenn die Krieger wieder zurückkehren, die Arbeitslosigkeit sich wieder gewaltig steigern wird.

Das alles muß sich die Arbeiterschaft vor Augen halten und dafür sorgen, daß sie in den kommenden schweren Zeiten einen Rückhalt hat. Diesen Rückhalt bietet der Fabrikarbeiter-Verband. Kolleginnen und Kollegen, sorgt dafür, daß die Unorganisierten für den Verband gewonnen werden. Jedes Mitglied muß sich zur Aufgabe machen, mindestens ein Mitglied im Quartal dem Verband zuzuführen. Dadurch dient es sich selbst und der Organisation. Wir werden dann die kommenden Stürme besser überwinden können. Deshalb rufen wir euch nochmals zu: Spielwarenarbeiter, seid auf der Hut!

Erhöhte Linoleumpreise.

Der Verband deutscher Linoleumfabrikanten, dem sämtliche deutschen Firmen angehören, hat beschlossen, vom 15. Mai 1915 an eine 15prozentige Preiserhöhung eintreten zu lassen. Der Preisauflage gilt für ein- und mehrfarbiges Linoleum. Werden die neuen Preise von den Händlern nicht genau eingehalten, so sind die Fabriken verpflichtet, die Lieferung zu verweigern. Das gute Organisationsverhältnis der Linoleumindustriellen ermöglicht es ihnen, ihren Abnehmern Preiserhöhungen zu diktieren, ohne deren ernstlichen Widerspruch herbeizurufen. Hoffentlich gehen die Linoleumarbeiter bei dieser Preissteigerung nicht leer aus. Deren Löhne sind ebenfalls eines Teuerungszuwahls bedürftig.

10 Prozent.

Nun haben sich auch die Sulfidzellfabriken dem Vorgehen ihrer Berufsverbände, der Papierfabriken, angeschlossen und sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern vom 1. Mai 1915 an einen Preisauflage von 10 Prozent und begründen dieselben mit der seit Kriegsausbruch verteuerten Produktion. Diese Preiserhöhungen gelten auch für schon bestehende Lieferungsverträge. Wer die höheren Preise nicht bezahlen will, erhält nichts mehr geliefert. Die Aufhebung der bestehenden Verträge begründet die Sulfidzellfabrikannten mit der durch Ausfuhrverbote, Beschlagnahme, Sperren der Schifffahrt usw. herbeigeführten „höheren Gewalt“. Untergeordnet ist der Preisauflage von 29 Zellstoffbetrieben. Angesichts der fact während steigender Preise für Rohstoffe wirkt sich für die Zellstoffarbeiter die Frage auf, ob nicht auch sie durch „höhere Gewalt“ berechtigt sind, einen Preisauflage auf ihre Arbeitskraft zu fordern. Es soll anerkannt werden, daß einige Zellstoffbetriebe schon freiwillig ihrer Arbeiterschaft eine Teuerungszulage gewährt haben. Hoffentlich folgen die übrigen drei Duzend Zellstoffbetriebe diesen Beispielen bald nach.

Die englische Papierindustrie.

Der Plan Englands, Deutschland wirtschaftlich zu ruinieren, um auf dessen Trümmern seinen eigenen Weltmarkt aufzubauen, ist zum Glück gescheitert. England selbst leidet ebenso wie jede andre am Weltkriege beteiligte Großmacht unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Der Ausbruch des Krieges ist vorläufig Amerika. Allerdings fehlt es auch Amerika an allerhand Rohstoffen, die fast nur aus Deutschland bezogen werden können. Diese Abhängigkeit der einzelnen Staaten voneinander läßt wenigstens die Hoffnung bestehen, daß nach dem Kriege die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten recht bald wieder hergestellt werden können. Trotzdem wollen wir uns nicht verhehlen, daß es einer intensiven wirtschaftlichen Tätigkeit bedarf, um im friedlichen Wettbewerb die alten Abhängigkeiten zu überwinden.

Die Papierindustrie im fernöstlichen Ausland leidet besonders Mangel an deutschen Farbstoffen. Für England kommt noch die ver-

minderte Einfuhr von Zellstoff und Holzschliff in Frage. Deutschland allein lieferte im Jahre 1913 an England 36 298 Tonnen solcher Rohstoffe zur Papierfabrikation im Werte von 5 786 000 Mk. Infolge des Rohstoffmangels arbeiten die englischen Papierfabriken fast ausschließlich mit verlängerter Arbeitszeit. Nach einer amtlichen Zählung wurden in einer Anzahl englischer Papierfabriken im Februar 14 800 Personen oder 8 Prozent weniger beschäftigt als im Vorjahre. Besonders stark haben die Papierarbeiter Schottlands unter dem schlechten Geschäftsgange zu leiden. Die englischen Gewerkschaften der Papiermacher haben mit dem Unternehmertum während des Krieges einen Wurzelschlag abgeworfen und auf die Forderung größerer Lohnsätze verzichtet. Deshalb treten die Arbeiter der einzelnen Betriebe mit Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber heran. In Schottland traten die Papiermacher wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen in den Ausstreik. Viele Fabriken gehören ihrer Arbeiterschaft Teuerungszulagen. So zahlt die Papierfabrik von Wiggins, Teape u. Co. in Dover von Zeit zu Zeit ihren über 21 Jahre alten Arbeitern eine Teuerungszulage von 1 Pfund Sterling = 20 Mk., den jüngeren Arbeitern und Arbeiterinnen 10 Schilling = 10 Mk. Aber auch die Arbeiterschaft in den China-Clay-Gruben (China-Clay) ist ein in der deutschen Papierindustrie sehr beliebter Rohstoff) hat unter dem Kriege schwer zu leiden. Während im Januar und Februar 1914 die englische Einfuhr von China-Clay 104 300 Tonnen betrug, erreichte dieselbe in den ersten zwei Monaten 1915 nur 48 500 Tonnen. Die deutsche Papierindustrie aber hat in den österrösterreichischen Karolin- und Talmurzeugnissen einen teils vollwertigen Ersatz gefunden.

So hat sich England durch seine Teilnahme am Kriege wirtschaftlich selbst empfindlich geschädigt. Die Arbeiter Englands haben deshalb, wie ihre deutschen Kollegen, allen Grund, einen ehrenvollen Frieden herbeizuführen, um dann im friedlichen Wettbewerb ihrer Industrien mitzuarbeiten und mitzulämpfen an der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Klassengenossen.

Ausländische Arbeiterbewegung.

Die Stimme der Vernunft.

Es ist sehr erfreulich, daß sich auch im Auslande die Stimmen mehrten, die eine Verständigung der Arbeiter aller Länder nach diesem Kriege für nützlich und notwendig halten. In den ersten Kriegsmontaten schien es fast, als ob vor allem die französischen Arbeiter jedes fernere Zusammenarbeiten mit den deutschen Organisationen ablehnen würden, weil sie von der ebenso falschen wie törichten Auffassung beherrscht sind, die deutschen Arbeiter hätten nach Ausbruch dieses Krieges ihre Pflicht als Anhänger der Internationale verlehrt. Inzwischen hat man auch jenseits des Rheins gelernt, folgerichtiger zu denken und ruhiger zu urteilen. Die Einsicht, daß die deutschen Arbeiter den Krieg ebensowenig gewollt haben wie die französischen, daß sie aber, nachdem er einmal da war, dasselbe Recht und dieselbe Pflicht zur Verteidigung ihres Landes hatten und haben, wie die Arbeiter anderer Länder auch, gewinnt mehr und mehr Raum. Von dieser Einsicht führt ein gerader Weg zu der Erkenntnis, daß die Arbeiter, wenn sie dem Krieg entgegenwirken wollen, ihre internationalen Verbindungen nicht aufgeben, sondern ausbauen müssen. Daß diese Erkenntnis in einflussreichen Kreisen der französischen Arbeiterschaft vorhanden ist, zeigen einige Vorgänge aus letzter Zeit.

In einer Versammlung der Pariser Gewerkschaften, die am 1. Mai stattfand, erklärten mehrere Redner, daß sie die Grundzüge der Internationale auch fernerhin hochhalten würden, ja daß nach dem Kriege eine lebensvollere, tatkräftigere Internationale entstehen werde. Die Begründung dieser Hoffnung gab Sonhauz, der Leiter des allgemeinen Gewerkschaftsbundes, mit folgenden Worten:

„Man muß wohl nach dem Kriege wieder auf die Internationale zurückkommen, da die internationale Union und Vereinigung der Arbeiter die einzigen Wägen für den Frieden sind. Wir nähren keinerlei Gefühle des Hasses gegen die deutschen oder österreichischen Arbeiter. Dieser Krieg wurde uns auferlegt von einer Klasse von Eroberern, von Feinden aller Freiheiten, von Unterdrückern des Volkes. Gegenüber denen, die von Eroberungen, von Annexionen sprechen, haben wir stärker denn je zu rufen: Keine Eroberungen, denn sie tragen den Keim für neue Kriege in sich, wohl aber Unabhängigkeit der Völker. Die Folge dieses Krieges muß neben der Schaffung des obligatorischen Schiedsgerichts nicht bloß die Beseitigung des deutschen Militarismus sein, sondern das Ende eines jeden Militarismus. Die französische Gewerkschaftsbewegung ist entschlossen, ihre Bestrebungen für den Frieden, für die Unabhängigkeit der Völker und für die Befreiung der Arbeiter weiterzuführen.“

Dieser ruhigen und von blindem Nationalhass freien Auffassung trat die Versammlung bei durch Annahme einer Resolution, in der die Versammelten ihrer „unerlöschlichen Unabhängigkeit an die proletarische Internationale“ Ausdruck geben und zugleich erklären, daß der Krieg die Arbeiter nicht dazu bringen könne, „ihre Hoffnungen auf die menschliche Brüderlichkeit und auf ihr Ideal der gesellschaftlichen Umwandlung aufzugeben“. Den hierauf folgenden Satz hat die Versammlung gestrichen. Es heißt dann weiter in der Resolution: „Dieser Krieg muß der letzte Krieg sein. Er muß darum auf folgenden Voraussetzungen: Die Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit der Völker; die Beseitigung aller Geheimdiplomatie; die Begrenzung der Kämpfungen als eine die allgemeine Abrüstung vorbereitende Maßnahme; die Anwendung des zwingendsten Schiedsgerichts für alle Streitfälle zwischen den Völkern.“ Dann folgt ein Absatz, der den kämpfenden ausreißenden Griffe übermitteln und für die Hinterbliebenen der Gefallenen ausreichende Fürsorge fordert. Der nächste Absatz drückt die Hoffnung aus, daß dieser Krieg bald ein Ende finde und daß beim Frieden das Recht über die rücksichtslose Gewalt triumphiere, damit die wieder verschonten, für immer in dem Bunde der Vereinigten Staaten der Welt zusammengefügten Völker aufs neue ihr Streben nach vorwärts im Sinne einer menschlichen, friedlichen Entwicklung aufnehmen können. Am Schluß der Resolution aber heißt es: „Die organisierten Arbeiter senden ihre brüderlichen Grüße an die Proletarier der ganzen Welt und trennen sich unter dem Rufe: Es lebe die Gewerkschaftsbewegung! Es lebe die Arbeiterinternationale!“

Ebenso beachtenswert wie diese Resolution der Pariser Versammlung ist der Inhalt einer am 1. Mai herausgegebenen Spezialnummer des Organs der französischen Metallarbeitergewerkschaft. In dieser Nummer wird dem Friedensstreben der französischen Arbeiter ebenso offen wie entschlossene Ausdrücke gegeben wie dem Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Proletariat der anderen Länder. Auch in der Maimannere des „Voix du peuple“ (Stimme des Volkes), dem Organ der Konföderation der französischen Gewerkschaften, heißt es: „Laßt uns feierlich geloben, dem Prinzip der Internationalen anhänglich zu bleiben, die allein die Gütern des allgemeinen Friedens sein kann.“

Solche Äußerungen stehen natürlich zahlreiche andre gegenüber, in denen eine entgegengelegte Auffassung zum Ausdruck kommt. Aber schon darin, daß so ruhig vernünftige Äußerungen vorgebracht werden und Bezug finden, zeigt sich, daß der blinde Chauvinismus der ersten Kriegswochen in Frankreich abflaut und einer nüchternen Betrachtung Platz macht. Das ist nicht nur deshalb erfreulich, weil es die Wiederannäherung internationaler Beziehungen erleichtert, sondern vor allem deshalb, weil die Herbeiführung eines Friedens uns so leichter ist, je mehr der Haß der Parteien der klaren Vernunft weicht.

Ein Erfolg der Gewerkschaften in Norwegen.

In Norwegen ist durch rechtzeitiges Einlenken der Regierung ein Generalstreik vermieden worden. Es handelt sich um folgendes: Die Regierung hatte dem Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreitet, die angeblich den wirtschaftlichen Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern fördern sollte, die jedoch von den Gewerkschaften als ein Angriff auf das Koalitionsrecht gewertet und entsprechend bekämpft wurde. Die Vorlage sah die Einziehung von Schiedsgerichten und Verhängung von Zwang bei wirtschaftlichen Streiks vor. Bei Verhandlungen, die öffentliche Interessen betreffen, sollte nicht nur Verhandlung, sondern auch Einigungszwang von der Regierung angeordnet werden können. Das hätte zunächst die Aufhebung des Streikrechts

aller in öffentlichen Dienstleistungen tätigen Angestellten und Arbeiter zur Folge gehabt, denn die Ränge dieser Gruppen berühren immer „öffentliche Interessen“. Bei den Verkehrsinstitutionen, kommunalen und staatlichen Betrieben wäre es selbstverständlich nicht anders. Über darüber hinaus würden bei der in Standinabien durch die Unternehmer eingeführten Praxis der Ausbeziehung der Kampfeskraft leicht die meisten bedeutendsten Arbeitskämpfe dem Einigungszwang unterworfen werden können. Vertikale Konflikte eines Berufs, oft sogar nur eines einzigen Betriebes, führen bei dieser Taktik der Unternehmer zu Ausparierungen und Streiks ganzer, oft an dem Anfangsstandpunkt unbeteiligter Berufe im ganzen Lande. Diese Sympathiekämpfe sind durch die geltenden Tarifverträge legalisiert. Während der Regierung nun das gesetzliche Recht gewährt, den Einigungszwang anzuordnen, wenn „öffentliche Interessen“ berührt werden, dann können die meisten dieser Kämpfe zweifellos unter diesen Paragraphen gebracht werden.

Unternehmer und Arbeiter haben von Anfang an die Absichten der Regierung entschieden abgelehnt. Trotzdem wollte die Regierung jetzt vor Abschluß ihre Vorlage durchsetzen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben im vorigen Jahre auf einem besonderen Kongress beschlossen, die eventuelle Einbringung der Vorlage mit den stärksten Mitteln zu beantworten. Die Landesorganisation faßte in einer Vorstandskonferenz der angeschlossenen Gewerkschaften am 5. Mai den Beschluß, beim norwegischen Arbeitgeberverein die Kündigung für sämtliche bei ihm beschäftigten organisierten Arbeiter sofort einzureichen. Das geschah. Auch bei den übrigen Unternehmern wurden die Kündigungen eingereicht. Es war mit einem Ausmaß von etwa 70 000 bis 100 000 Arbeitern (Norwegen hat nur etwa 2 1/2 Millionen Einwohner) zu rechnen. Im letzten Augenblick lenkte die Regierung ein. Sie zog ihre Vorlage offiziell zurück. Bei Begründung der Zurücknahme sagte der Ministerpräsident Knudsen im Storting, die Regierung könne nicht die Verantwortung für den Generalstreik übernehmen, wo vor Norwegens Tür der Weltweg total. Gewiß würde der Generalstreik einmal kommen, er würde aber, wie überall, auch in Norwegen zerfallen. Jetzt aber seien bei einem Generalstreik innere Unruhen zu befürchten. Ganze Teile Norwegens würden in Not kommen, und draußen sehe es aus, als sollte der Weltkrieg noch größere Dimensionen annehmen. Bisler sei Norwegen so glücklich gewesen, seine Neutralität bewahren zu können. Man hoffe ein Gleiches von der Zukunft. „Wir haben dafür jedoch keine Gewissheit und wissen nicht, in welche Richtungen der Weltkrieg uns bringen kann. Selbst wenn es uns gelingen sollte, die Neutralität zu bewahren. Jedenfalls verursacht der Weltkrieg unserm Lande große Schwierigkeiten, weshalb jetzt kein Gesetz verhandelt werden darf, das das Land vor die Katastrophe eines Generalstreiks stellt.“ Er hoffe, später das Gesetz wieder einzubringen. Das Gesetz wolle den inneren sozialen Frieden sichern. Rünftig müsse es heißen: „Kampf gegen den Klassenkampf!“ Es ist verständlich, daß die Regierung ihren Rückzug maskieren will. Das wird uns nicht hindern, anzuerkennen, daß die organisierte Arbeiterschaft Norwegens einen großen Erfolg errungen hat.

Warum der Lärm?

In der vorletzten Nummer des „Proletariats“ haben wir berichtet über verschiedene Bestrebungen, die von den Gewerkschaften geforderte gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung zu verhindern. Dabei haben wir auch hingewiesen auf die auffällige Uebereinstimmung der von Vertretungen der gelben Verbände geäußerten Wünsche mit denen, die von den Unternehmerorganisationen geäußert wurden. Irgendwelche Folgerungen haben wir daran nicht geknüpft, sondern nur bemerkt, daß diese Uebereinstimmung der Wünsche diejenigen nicht überrascht, die den engen Zusammenhang zwischen den Leitungen der Verbände und den Unternehmerverbänden kennen. Sonderbarerweise sieht sich der „Bund“, das Organ der Berliner Arbeiter, veranlaßt, unsere beifälligen Hinweise mit der folgenden an der Spitze der Nummer veröffentlichten Erklärung zu beantworten:

„Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung, zu der wir in unserer Nummer vom 2. April ausführlich Stellung nahmen, indem wir unsere Zufriedenheit über die Aufnahme unserer Wünsche bei den maßgebenden Stellen ausdrücken, gibt dem „Proletarier“, dem Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gelegenheit, sich mit uns zu beschäftigen. Er bringt unsere Stellungnahme zu dieser Frage mit einem „streng vertraulichen“ Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller in Verbindung und versucht den Anschein zu erwecken, als hätte unsere Eingabe ein unglückliches Zusammenstoß mit jenem Rundschreiben. Wir fühlen uns daher veranlaßt, zu erklären, daß wir von dem Rundschreiben des B. M. erst durch die Veröffentlichung im „Proletarier“ Kenntnis erlangt haben, im übrigen aber gewohnt sind, bei Eingaben, die unsere Bewegung betreffen, besonders in Punkten, die die Öffentlichkeit betreffen, beschäffigen, wie die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise, unbeeinträchtigt vorzugehen. Dem „Proletarier“ scheint bisher noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß wir uns allerdings in allen wirtschaftlichen Fragen in einem ständigen Gegensatz zu den „freien“ Gewerkschaften befinden. Dieser Gegensatz, aus dem unsere Bewegung heraus geboren ist, wird naturgemäß, falls die freien Gewerkschaften nicht umlernen, wofür wir die Hoffnung jetzt keineswegs aufgeben wollen, bleiben. Wir halten auch heute noch unsere Ansicht aufrecht, daß die bestehenden Arbeitsnachweise ihren Zweck bisher entpfanden haben und in Zukunft, insbesondere nach Schaffung der von uns vorgeschlagenen Zentralfstellen, voll auf ihren Zweck dienen werden. Gegen die Schaffung von Arbeitsämtern mit der üblichen „paritätischen“ Besetzung müssen wir auch heute noch Stellung nehmen. Die Tätigkeit der „freien“ Gewerkschaften in Krankenkassen und sonstigen Kooperationen ist als der Parität vielfach nicht entsprechend zur Genüge bekannt. Wenn wir uns in diesem Punkte im direkten Gegensatz zu den „freien“ Gewerkschaften befinden, so erklären wir ausdrücklich, daß wir unserm Programm gemäß auch in den Fragen der Arbeitsvermittlung mit unsern Arbeitgebern Hand in Hand zu gehen grundsätzlich bereit sind, besonders wenn es sich um die Beschäftigung unserer aus dem Felde heimkehrenden Mitglieder handelt. Nur dadurch ist es uns möglich, die von uns immer wieder betonte Selbstständigkeit zu fördern, die sich bei vielen unserer Mitglieder als sehr segensreich erwiesen hat.“

Wenn der „Proletarier“ hieraus einen Zusammenhang unserer Bestrebungen mit den Unternehmerverbänden konstruiert, scheint er schon jetzt die Befürchtung zu haben, daß die Welken der immer mehr anwachsenden Arbeiterbewegung demnächst über seinem Kopf zusammenhängen werden.

Wir verstehen nicht recht, warum der „Bund“ so auffällig die Uebereinstimmung der Gelben durch die Unternehmer bestreitet, einige Sätze später aber erklärt, „daß wir (die gelben Verbände) unserm Programm gemäß auch in den Fragen der Arbeitsvermittlung mit unsern Arbeitgebern Hand in Hand zu gehen grundsätzlich bereit sind.“ Ja, warum denn da so großes Geschwätz! Mehr kann man doch aus unsern Andeutungen selbst beim besten oder auch schlechtesten Willen nicht herauslesen! Also rennt die Erklärung im „Bund“ nur weit offene Türen ein, soweit sie sich auf Ausführungen im „Proletarier“ stützen kann. Daß die Eingabe der Berliner Verbände mit dem von uns veröffentlichten Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller „im unglücklichen Zusammenhange“ steht, haben wir nicht gesagt, ja nicht einmal angedeutet, also auch nicht „versucht, den Anschein zu erwecken“, wie der „Bund“ meint. Im übrigen sind wir neugierig, zu erfahren, wie die Verbände in einer Frage, die die Öffentlichkeit betreffen, beschäffigen, wie die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise, unbeeinträchtigt vorgehen wollen, wie das der dritte Satz der Erklärung verspricht, gleichzeitig aber in derselben Frage „mit unsern Unternehmern Hand in Hand zu gehen“, wie das der neunte Satz ankündigt. Wie gelangt, wir sind neugierig, wie die Gelben dieses Kunststück fertig bringen wollen.

Rundschau.

Vom Kriegswunder.

Die tatkräftige „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ geht recht entschieden gegen diejenigen vor, die die Kriegsnöt zu Wunder und Ausbeutung benutzen. In ihrer Nummer vom 24. April bringt sie eine Zuschrift aus dem Argonner Walde, worin gefordert wird, daß „alle diejenigen, die in wüßrigster und betrügerischer Weise die Notlage des Volkes ausnützen wollen“, an den Pranger und vor Gericht gestellt werden. Besonders wendet sich der Krieger gegen die Fabrikanten, die Schuld zu Liebesgaben in den Handel bringen; darüber könne man im Felde ein trauriges Lied singen:

„Du Hause geben unsre oft darbenenden Angehörigen ihr wenig Geld aus, in der Meinung, den im Felde stehenden etwas Gutes zu senden. Erhalten wir es, so entpuppt sich die Sache als unbrauchbarer Schund. So erging es mir vor kurzem mit sogenannten Kalanopltischen mit Milchschneiben. Der Kalan war mehr unlösbarer Sand und die Milchschneiben wie Grieß. Welche Gefühle solcher Schwindel erweckt, brauche ich nicht näher zu beschreiben.“

Auch der linksliberale Abgeordnete Dr. Heinz Potthoff befaßt sich in der Zeitschrift „Die Tat“ (Genä) mit dem Problem des Kriegswunders. Wir zitieren aus dem Artikel diese Stelle:

„Zwei Millionen Bürger haben über das Gesetz hinaus freiwillig ihrem Vaterlande Leib und Leben angeboten — mehr können sie doch nicht bieten. Aber nicht zwei Fabrikanten haben der Generalverwaltung angeboten, ihr den notwendigen Bedarf zu selbstlos mit üblicher Verzinsung zu liefern. Nicht zwei Landwirte oder Händler haben sich ernstlich gegen die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel gestellt, die dem Reiche die Kriegskosten unnötig erhöht und dem Volke das Durchhalten unnötig erschwert. Dieselben (?) Leute, die freudig in den Kugelhagel rücken, versuchen rasch noch vorher einen übertrieben hohen Gewinn auf Kosten der Gesamtheit über der Witbürger einzustreichen. Ohne Ausnahme finden auf allen Gebieten Preissteigerungen statt, auch wo von einer Erhöhung der Herstellungskosten gar keine Rede ist. Jeder nimmt, was er kriegen kann. Der Preiswucherer ist zur allgemeinen Verlehrsünde geworden. Und was das Schlimmste ist, er wird tatsächlich als Sünde anerkannt. Während alle andre Moral härter geworden, ist die Geschäftsmoral im Kriege laager als sonst.“

Unter diesen Umständen kann man das Lob, das die Raumannsche „Güte“ (S. 258) den deutschen Arbeitern zollt, nur mit geteilten Gefühlen genießen. Die „Güte“ schreibt:

„Während es unter den englischen Arbeitern trotz des Krieges fortgesetzt gärt und rumort, hat die deutsche Arbeiterwelt seit Kriegsausbruch ein nicht genug anerkennendes Beispiel vaterländischen Gemeinsinns gegeben.“

Angesichts der von Dr. Potthoff festgestellten Tatsache, daß der Preiswucherer zur „allgemeinen Verlehrsünde“ geworden ist, würde man es den Arbeitern wirklich nicht verdenken können, wenn sie versuchen, nun auch ihren Lohn wenigstens so hoch zu treiben, daß sie die Verteuerung der Lebenshaltung ausgleichen können.

Angst vor dem Burgfrieden.

Die Unternehmer der Schwerindustrie suchen bekanntlich dem Burgfrieden sehr feindselig gegenüber. Es paßt nicht in ihr Programm und entspricht nicht ihren Wünschen, daß die Arbeiter nicht nur reichhaltig, sondern für das bedrohte Deutschland einengen, sondern auch versuchen, eine bessere Bewertung und die rechtliche Sicherung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zu erlangen. Sehr böse sind sie aber, wenn Vertreter der Regierung für die Wünsche der Gewerkschaften Verständnis zeigen. So hat kürzlich der preussische Handelsminister v. Sydow die von den Arbeitgeberorganisationen aller Richtungen angeforderte Forderung auf Einführung obligatorischer Einigungsämter als grundsätzlich herabsetzt und durchführbar anerkannt. Dafür wird er jetzt von der „Deutschen Volkswirtschaft. Korrespondenz“ — einer sehr angesehenen Zeitschrift für die wirtschaftliche Presse — also angefaßt: „Der Handelsminister scheint in diesem Fall eine wenig glückliche Hand gehabt zu haben, indem er den Bergarbeitern die Erfüllung von Wünschen in Aussicht stellte, ohne die geringste Gewähr für deren Vollziehung übernehmen zu können. Das ist immer möglich, denn Hoffnungen sind etwas, deren Erfüllung eine gereizte Stimmung der Bergarbeiter gegen die Bergwerksbesitzer auslösen mag. Minister v. Sydow konnte kein Wohlwollen für die ungeduldige Ausgestaltung der Einigungsämter gar nicht zum Ausdruck bringen, ohne die langwierigen Verhandlungen der letzten Jahre über dasselbe Thema sich gegenwärtig zu halten. Er mußte also besser als jeder andre wissen, welche Gründe dem Ausbau der amtlichen Streitlösung bisher im Wege standen. Ueber diese Gemütskur dürfte ein Minister nur hinweggehen, wenn er haben überzeugt war, daß während des Krieges an den zuständigen Regierungsstellen ein völliger Umsturz der Verhältnisse in Sachen der Einigungsämter erfolgt sei. Darüber liegt ein Zweifel zweifellos nicht vor. Jedenfalls reicht die Hindernisse auf die hochzerstörte Begeisterung, mit der in der Not des Vaterlandes auch die gewerkschaftlichen Arbeiter zu den Waffen gegriffen haben, für eine Entgeißelung wirklich nicht aus, die die allgemein gültigen sozialen Bedenken gegen eine Streiklösung nicht freiwilligen Charakter in Arbeiterkreisen gleichfalls gebührend in Aussicht bringen mag.“

Hier steht der Fehler im Verhalten des Handelsministers. Der Wunsch von obligatorischen Einigungsämtern bleibt auch dann sehr fragwürdig, wenn an der patriotischen Gesinnung der gewerkschaftlichen Arbeiter keine die Stellungnahme der Arbeitgeber, die mit gutem Gewissen die Unterstellung abweisen können, daß ihnen an einer friedlichen Beilegung der aus dem Arbeitsvertrag entspringenden Konflikte nichts gelegen ist. Da halten es für wahrscheinlich, daß die Wege zu einer besseren Sicherung des Arbeitsfriedens nach dem Kriege nochmals erst eingehenden Prüfung unterzogen werden. Um so weniger war es dringlich, schon jetzt im Namen des Krieges über die Einführung zu setzen, denn solche Folgen konnte schon vorher ersehnt werden. Denn jetzt eine gewisse Ausschüttung unter den Bergarbeitern Platz greift, wer trägt es für die Schuld? Die Arbeiterfrage ist nicht, was erfrägt, was den Krieg, in ein bis zwei Jahren, an sozialpolitischen Forderungen an die Regierung kommen.“

Die Arbeiter aber verlangen die Tatsache, daß die „D. A. Z.“ die das Wortführer sein einflussreicher Kreise nicht zurückbleiben ist, Angst vor dem wirtschaftlichen Frieden hat, sobald die Bedingungen dieses Friedens nicht mehr einseitig von den Unternehmern, sondern durch gegenseitige Verhandlungen — fest werden. Andernfalls hätte sie doch gar keinen Grund zu einem Widerspruch gegen die Einführung des Burgfriedens.

Neuigkeiten.

Die Bayerische Verkehrsverwaltung verlangt bis zum Kriegsende noch von den als Beamte in den Dienst der Post oder der Eisenbahn Gewählten die Unterzeichnung eines Banns, in dem sie sich verpflichten, weder einer Partei beizutreten, noch den Eisenbahn- oder Postbeamten, Hochbeamten, Beamten, die in ihren Diensten der Staat zugehört, beizutreten. Die Gewerkschaften haben schon vor dem Kriege mehrfach und nachdrücklich verlangt, die Unterzeichnung des Banns zu untersagen. Dieser Bann ist im November vorigen Jahres haben die Richter der freien Gewerkschaften unter Berufung auf die während des ganzen Krieges bestandene Pflicht der Eisenbahner einen an das Gewerkschaftsamt eine Eingabe mit dem Ersuchen gemacht, welches alle Unterzeichnungsbedingungen zu befreien, die bisher unterzeichnete noch aufrecht erhalten sind.“

Die Eingabe hat noch keine Veranlassung verursacht. Der einzige Richter ist zum die Antwort erfolgt. Es lautet nicht direkt ablehnend, aber ablehnend. Es heißt in dem vom Ministerpräsidenten unterschriebenen Bescheid, daß wegen im Bereiche der Eisenbahnen

Verkehrsverwaltung weder Arbeiter zur ständigen Verwendung angenommen, noch Tagelohnbedienstete in die Beamtenstellungen übergeführt werden, und daß „bei dieser Sachlage die praktische Handhabung des Bannes nicht in Betracht komme“. Statt unnötig aber für die Zukunft eine Grundlage zu geben, fährt die Antwort fort: „... es erübrigt sich deshalb auch, in eine schriftliche oder mündliche Erklärung der in dem Bescheid genannten Bediensteten zu Zeit einzutreten. Infolgedessen bin ich der Ansicht, daß bei dieser Sachlage die ganze Angelegenheit auf sich beruhen kann.“ Die Gewerkschaften können mit dieser Erklärung der für sie nicht unwichtigen Angelegenheit nicht zufrieden sein. Allerdings deutet sich die Haltung der bayerischen Verkehrsverwaltung so ziemlich mit der, die der preussische Eisenbahnminister im Landtage vertreten hat.

Unser Verband in der 40. Kriegswoche.

Für die Woche vom 3. bis 9. Mai haben nur 300 Zahlstellen rechtzeitig die Berichtskarten eingesandt. Das sind 32 weniger als in der Woche zuvor. Die Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde, ist allerdings nur um etwa 500 kleiner. Es sind also durchweg nur kleinere Zahlstellen ausgefallen. Trotzdem ist der Rückgang in der Berichterstattung bedauerlich. Die Mitgliederzahl in den berichtenden Zahlstellen war folgende:

	männlich	weiblich	zusammen
Am 1. August 1914	152 304	22 835	175 139
Am 9. Mai 1915	77 779	18 595	96 374
Am 9. Mai weniger	74 525	4 240	78 765
Zum Kriegsdienst eingez.	61 337	—	61 337
Mitglied ausgeschieden	13 188	4 240	17 428

Die so ermittelte Zahl der mehr Aus- als Eingetretenen ist mit früher festgestellten nicht zu vergleichen, weil nicht immer dieselben Zahlstellen berichtet und die Zahl der Mitglieder, die von der Berichterstattung erfaßt sind, in jeder Woche eine andre ist. Etwas bessere Vergleichsmöglichkeit bietet eine Umrechnung in Verhältniszahlen. Dann zeigt sich, daß der Verlust an weiblichen Mitgliedern höher ist und schneller steigt als der an männlichen. Unter Zugrundelegung der Mitgliederzahl vom 1. August 1914 waren von je 100 männlichen Mitgliedern — ohne die zum Kriegsdienst eingezogenen! — am Ende der 25. Kriegswoche 7,3, am Ende der 40. Kriegswoche 8,7 Mitglieder ausgeschieden; bei den weiblichen waren es nach der 25. Woche 14,7, nach der 40. schon 18,8.

Die Arbeitslosigkeit ist wiederum zurückgegangen. In den berichtenden Zahlstellen waren nur 368 männliche und 713 weibliche, zusammen 1081 Mitglieder als arbeitslos gemeldet. Das sind 0,5 vom Hundert der männlichen und 3,8 vom Hundert der weiblichen Mitglieder. Für die männlichen Mitglieder ist demnach die Möglichkeit, Arbeit zu bekommen, günstiger als in Friedenszeiten.

Erwerbsunfähig krank waren 1085 männliche und 369 weibliche Mitglieder. Das sind 1,4 vom Hundert der männlichen und 1,5 vom Hundert der weiblichen Mitglieder.

Zum Kriegsdienst waren in den berichtenden Zahlstellen 61 337 Kollegen eingezogen, das sind 40,2 vom Hundert. Die Zahl der Eingezogenen steigt ziemlich gleichmäßig weiter. In der ersten Kriegswoche wurden sofort etwa 20 Prozent eingezogen. Nach 18 Wochen waren es 30 und nach weiteren 22 Wochen jetzt 40 Prozent. Und noch immer weiter wird eingezogen.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingeklagt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird. Die seither gegebene Tabelle umfaßte alle Kriegswochen. Weil jedoch, infolge der so über alle Befürchtungen langen Dauer des Krieges, die Tabelle allzuviel Raum einnimmt, geben wir von jetzt an nur noch die Ergebnisse für den jeweils laufenden Monat, soweit sie vorliegen, vollständig, für die früheren Monate dagegen immer nur das Ergebnis der 1. Woche.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männlichen Mitgliedern
9. August	17 663	8,5	24 368	19,2
5. September	25 768	11,5	44 429	24,6
2. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
7. November	5 275	6,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 966	5,0	54 428	30,0
2. Januar	6 580	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai	1 321	1,2	71 883	39,4
8.	1 181	1,1	72 684	40,2

Verbandsnachrichten.

Vom 11. Mai an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Eintritt 621,12, Beleg 150,—, Regeln 5. Dresden 300,—, Nieja 40,—, Kämpfer 300,—, Kämpfer 250,—, Fiddichow 100,—, Gania 100,—, Philippsturm i. B. 15,74, Bodenwerder 6,—, Lieberich 4,55, Bergedorf 60,—, Bromberg 3,—.

Erlaßt: Montag, den 17. Mai, mittags 12 Uhr.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1915 haben eingekandt: Kodaß, Philippsturm, Liebenwerde, Lieberich.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Bergedorf. 1. Bevollmächtigter Ludwig Schwarzweber, Brunnstraße 102. 2. Bevollmächtigter G. Pichl, Schiffwaffer 2. Bielefeld. 1. Bevollmächtigter Heinrich Krull, Bradwebe, Weipold 15. 2. Bevollmächtigter R. Ströhmann, Bradwebe, Hansdorf 82. Dessau. 1. Bevollmächtigter Adolf Linke, Altkönige Str. 107. Gekanntmachung. 1. Haeck, Altkönige Straße 107. Gröbenberg i. Egl. 1. Bevollmächtigter Franz Kuske, Altes Gehöge 6 g. 1. G. Kattowitz (Cberst.). 1. Bevollmächtigter Andreas Boul, Juleze 6. Kattowitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 13. Meiningen. 1. Bevollmächtigter Fr. Birkenbach, Bodenweg 11. 2. Bevollmächtigter Fr. Müller, Hohe Reue 9. Neustettin. 1. Bevollmächtigter Ernst Thom, Seebenerstr. 2.

Statistik — Graue Karten.

Für den Monat Mai sind die grauen Karten bis zum 4. Juni einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 31. Mai.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Für den Monat April hatten trotz Mahnrufe bis zum 8. Mai nicht berichtet:

Gau	Zahlstellen	Mitgliederzahl		
		männlich	weiblich	zusammen
1	5	364	30	394
2	9	522	49	571
3	5	518	78	596
4	8	206	14	220
5	5	196	11	207
6	5	99	6	105
7	6	1532	546	2078
8	5	118	20	138
9	4	287	133	420
10	2	43	14	57
11	7	59	8	67
12	6	364	18	372
13	4	78	5	78
14	4	42	8	50
15	6	341	12	353
Zum Verbands	81	4754	947	5701

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
568 786	Anton Borda	20. 5. 1874	10. 8. 1908	Stettin
432 358	Albert Damprecht	21. 3. 1872	10. 6. 1910	Heilbronn
421 747	Alfred Lehner	9. 5. 1893	8. 5. 1910	Großsch
364 105	Amalie Meyer	2. 9. 1856	5. 6. 1909	Eisenberg in S.-M.
585 366	Katharine Kolster	16. 11. 1864	20. 7. 1913	Marne
Karten-Nr. 356 764	Franz Bont	29. 1. 1870	1. 5. 1914	Kattowitz

Bilanz der Abrechnung vom 4. Quartal 1914.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Gesamt-Einnahme.	
An Kassenbestand vom vorigen Quartal	3 410 077,51 M.
An Eintrittsgeld	908,50
An Beiträgen à 55 Pf.	130 825,75
An Beiträgen à 45 Pf.	453 849,80
An Beiträgen à 25 Pf.	65 423,25
An Beiträgen à 10 Pf. (S. 18, Abf. 6)	60,10
An Beiträgen à 10 und 5 Pf.	2 154,—
An Beiträgen von Einzelmitgliedern	136,65
Durch Arbeitslosen- und Streikmarken gingen ein	29 820,40
Von den Blumenarbeitern	10 470,80
An Zinsen	114 956,07
An Erwerbslosen-Unterstützung zurückgezahlt	171,50
An Rechtschutz zurückgezahlt	1 100,—
An Sterbegeld zurückgezahlt	10,—
An Außenständen zurückgezahlt	50,—
Für Einzelnummern des „Proletariers“	245,35
Für Schreibmaterialien	122,10
Für Protokolle	894,25
Für Stempel	855,90
Für Poststempelformulare	78,98
Für Kartothekarten	68,20
Für Korrespondenzblätter	9,—
Von den Zahlstellen zuviel eingekandt	515,81
Sonstige Einnahmen	48 989,18
Summa	4 271 093,10 M.

Gesamt-Ausgabe.	
An Erwerbslosen-Unterstützung	409 846,26 M.
An Streik-Unterstützung	96,80
An Postlage- und Kriegs-Unterstützung	253 441,90
An Maßregel- und -Unterstützung	42,50
An Umzugsgeld	4 211,40
An Sterbegeld	112,90
An Rechtschutz	25 817,72
An Anteil der Postkasse	75,72
An Beiträgen an die Generalkommission	114 838,34
An Gehältern	25 104,—
An Entschädigung für Beisitzer und Revisoren	13 7 6,00
An Telefongebühren	230,20
An Mantelgeld	52,70
An Versicherungsbeiträgen	25,—
An Zuschuß für die Unterstützungs-kasse	20 3,31
An Agitation	5 53,84
Für Verlag des „Proletariers“, Nr. 40—52	1 548 47
Für Druck des „Proletariers“, Nr. 40—52	3 043,73
Für Druckfaden	6 161,75
Für Buchbinderarbeiten	6 940,55
Für „Oswiata“	11 224,03
Für „L'Operaio Italiano“	412,06
Für Bureaumöbel	227,25
Für Schreibmaterialien	573 50
Für Postmaterialien	198,55
Für Zeitungen	268,41
Für Konferenzen	— 30
Für Teilnahme am Gewerkschaftskongress	927,50
Für Ergänzung der Verbandsbibliothek	380,40
Für Bureau-Miete, Licht und Reinigung	81,—
Zuschuß an die Zahlstellen	1 528,30
In den Zahlstellen zurückgehalten	877,48
Zuviel eingekandtes Geld zurückgezahlt	5 774 99
Porto und Bestellgeld	5,18
Porto und Bestellgeld	1 796,63
Sonstige Ausgaben	55,78
Summa	906 544,56 M.

Gesamteinnahme 4 271 093,10 M.
Gesamtausgabe 906 544,56 M.
Bleibt Kassenbestand 3 364 548,54 M.
Sanktion, den 23. April 1915.

H. Brey, Vorsitzender. Artz Bruns, Kassierer
L. Bauer, Birk. Südwest-Post